

# Merseburger Lageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 360 Mr., durch Boten bezogen monatlich 380 Mr., bei Postgang monatlich 380 Mr. Erhebt werthlich nachts 10. Einzelnummer 15 Mr., Sonnabends 20 Mr. Alle Posts freibleibend. Postkasson: Amt Bezbag Nr. 10 654. Geschäftsstelle: Kälberstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 296.

Montag, den 18. Dezember 1922.

162. Jahrgang.

### Amerikas Pläne und Bedingungen.

Kein voreiliger Optimismus. — Die Ermordung Narutowicz. Deutscher Wahlsieg in Piensburg.

#### Das Programm.

Paris, 18. Dezember. Der amerikanische Standpunkt zu den Kreditplänen läßt sich nach dem „Newport Herald“ wie folgt zusammenfassen:

1. Amerika zieht unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Anteilnahme an der europäischen Wollhilfe in Betracht.
2. Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen; diese Bereitschaft hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab.
3. Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll; verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Tatsache anerkannt wird.
4. Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Verzögerung Deutschlands mit Reparationen und wirtschaftlicher Gefährdung der Welt schadet.
5. Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatcredit im Interesse Deutschlands zuzubilligen.
6. Der Kredit ist zu garantieren unter teilweiser Aufhebung der 1. Hypothek, die die Alliierten an Grund des Verfalltes besitzen.

Im Staatsdepartement in Washington wurde von zuständigen Seite erklärt, daß die Frage der Anleihe für Deutschland dem Departement nicht in irgendeiner offiziellen und formellen Weise vorgelegt worden ist. Höchstens wird es bald nach einem Besuch im Staatsdepartement nach Newport ab. Dem Washingtoner Berichterstatter der „Newport Herald“ zufolge, glänzte man an maßgebender Stelle, eine Anleihe von zwei Milliarden Dollar könnte von den Vereinigten Staaten aufgebracht werden, vorausgesetzt, daß sie vor allen anderen deutschen Staatsanleihen den Vorrang erhalten. Einen Teil dieser Summe könnte man nach Frankreich geben lassen, der dem Rest müsse jedoch Deutschland zum Zwecke seiner Sanierung zukommen.

#### Berlin noch ohne Mitteilungen.

Wie zur Stunde sind über das amerikanische Anleiheprojekt noch keinerlei amtliche Mitteilungen aus Washington in Berlin eingetroffen. Es liegen lediglich die Presseäußerungen vor, die zum Teil so widerstreitend lauten, daß eine amtliche Stellungnahme im Augenblick unmöglich ist. Die Reichsregierung hat sich deswegen auch noch nicht eingehender mit der Angelegenheit befaßt. In Berliner Regierungskreisen hält man es aber nicht für ausgeschlossen, daß im Laufe der nächsten Tage eine amtliche Mitteilung der amerikanischen Regierung erfolgt. Eine private Fühlungnahme zwischen Amerika und Deutschland scheint ebenfalls bereits stattgefunden zu haben, jedoch handelte es sich hierbei nur um unverbindliche Erkundigungen bei nächstmöglichen Briefen, denen vorerst keine besondere Bedeutung beizumessen ist.

Nach einer Newporter Meldung aus Paris hat Boncompagni eine inoffizielle Mitteilung erhalten, daß die Vereinigten Staaten gewillt seien, einen Plan zur Regelung der Reparationsfrage in Erwägung zu ziehen.

#### Amerikas Anleihepläne — ein deutscher Versuch.

Paris, 18. Dezember. Der „Temps“ befaßt die Nachricht über amerikanische Anleihepläne, die sie sich nach Mitteilungen des „Newport Herald“ darstellt. Das Blatt glaubt, daß es sich hier nicht um offizielle Nachrichten handelt, zumal die französische Regierung noch keinenlei Mitteilung dieser Art bekommen habe. Es könne sich nur um Versuchsalten handeln, und zwar mit Rücksicht auf den einseitigen Charakter dieser Anleihepläne um einen Versuch von deutscher Seite. Die Pläne seien im Interesse Deutschlands abgefaßt. Andererseits, so führt der „Temps“ fort, wird Frankreich sich nicht gegen eine Unterabfertigung Deutschlands durch Amerika zu protestieren, vorausgesetzt, daß diese Unterabfertigung nicht auf Kosten Frankreichs vor sich geht.

#### Das amerikanische Kreditprojekt.

Es scheint, daß Deutschland gegenwärtig wieder nach der Depression des vergangenen Sommers von einer Spitzangst des Optimismus gefoltert wird. Aus Amerika aus London sind Berlin kommen Nachrichten von einem großen Kreditplan der Amerikaner. Deutschland sollte 1,5 Milliarden Dollar, das sind 6 Milliarden Mark,

am 1. Juli 1923 erhalten. Als Sicherheit dafür stellen die deutschen Zölle ein. Belgien soll auf seine Priorität verzichten, während Darlehensgeber an die Alliierten dem Bankrottforum, welches die Transaktion durchführen soll, nicht in Aussicht genommen sind. Es heißt ferner hin, daß Amerika Clemenceau dafür gewonnen habe, für eine vorläufige Politik gegen Deutschland Stimmung zu machen. Kurzum man malt rosig. Dazu kommen noch Nachrichten von einer großen Finanzkonferenz, die zu Anfang Januar in Washington stattfinden soll und anders mehr. Zweifellos ist, daß hinter den politischen Kulissen allerlei wogt, doch ist es nicht zu erwarten, daß die Alliierten Besuche von führenden Persönlichkeiten der Weltfinanz. Es ist etwas im Gange. Aber gerade darum gilt es doppelt auf der Hut zu sein. Auch im Frühjahr gibt es. Genau bedeutet die Erklärung. Wir sind bitter enttäuscht worden. Man könnte gegenwärtig dem Kabinett Dr. Cuno keinen schlechteren Rat erteilen, als nimmte eine Delegation der Hoffnung, eine genussame Verhandlung zu führen. Der Dollar wird zwar billiger, das wäre an sich ein gutes Zeichen. Aber er kann ebenso schnell teurer werden, denn niemand ist über die wirtschaftlichen Verhältnisse der französischen Regierung unterrichtet. Ebenso geschloffen wie die Welt anscheinend hinter ihrem Friedensprogramm steht, ebenso entschlossen liegt Frankreich bei seinem Verzichtungsprogramm Deutschlands. Jede Minute kann das Bild ändern, selbst wenn der Kredit zustande kam, der vorläufig noch im Grunde steht. Würde die unmittelbare Folge auch eine Erschütterung unserer gesamten Wirtschaft sein, wie es denn mit Bedingungen zu gehen pflegt, wenn man die Natur nur trospenweise und allmählich wieder zuzuführen muß? Wir müssen uns, wie auch immer die Sache von außen zu blicken kommt, bewußt sein, daß sie auf unserer eigenen Leistung, unserer eigenen Können und Willen aufgebaut werden wird, das seine stärkste Belastungsprobe vor sich und nicht hinter sich hat.

#### Rückgabe deutschen Eigentums in Amerika.

Die amerikanische Regierung hat beschlossen, auf die Zahlung des Gegenkaufes durch den Kongreß noch in der laufenden Tagung zu dringen, durch den die Ermächtigung erteilt wird, 30.000 Depots im Betrage von 1000 bis 15.000 Dollars freizugeben, die der Verwalter beilagene fremden Eigentums in Verwaltung hat. Nach amtlicher Mitteilung unterliegen die meisten Depots 10 v. H. der Gesamttheit. Der Depotverwalter ist der Meinung, daß durch die Zurückzahlung von 7 v. H. der Gesamttheit die berechtigten amerikanischen Gegenforderungen an Deutschland reichlich gedeckt werden und die amerikanische Regierung durch die Rückgabe der meisten Depots die wirtschaftliche Verbindung Deutschlands unterbrechen könnte. Von den 500 Millionen Dollars amerikanischer Forderungen entfallen 190 Millionen auf Schadenersatzansprüche wegen der Verletzung der „Antitrust“. Einige amtliche Personen sind der Meinung, daß diese Ansprüche durch Nachzahlungen wesentlich herabgesetzt werden könnten. Der Senat genehmigt die Vorlage, durch die die Frist für die Einreichung von Ansprüchen auf Rückerstattung fremden Eigentums bis zum 2. Januar verlängert wird.

#### Ermordung des polnischen Staatspräsidenten.

Warschau, 18. Dezember. Heute mittag wurde während der feierlichen Eröffnung der alljährlichen Sejmversammlung ein Attentat auf den neuen Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz verübt, indem drei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Staatspräsident Narutowicz ist tot. Der Attentäter, ein Kaufmann namens Gijaj, Newadinski, ist verhaftet.

Unmittelbar nach der Ermordung des Staatspräsidenten wurde von herbeigeeilten Beamten der Tod Prof. Narutowicz festgestellt. Gleich darauf trat unter dem Vorsitz des automatisch auf Grund der Verfassung als Stellvertreter des Präsidenten fungierenden Sejm-Marschalls Skatala eine außerordentliche Kabinettsitzung zusammen. Es wurden die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung beschlossen. Als Termin für die Wahl des neuen Präsidenten hat der Seimtermin des Sejm den 20. Dezember, vormittags 10 Uhr, festgesetzt.

Den Auftrag für die Kabinettsitzung hat der Ober des Generalstabes des polnischen Heeres, General Błocinski, erteilt. Die Besuche des ermordeten Staatspräsidenten wurde, sobald mit dem polnischen Adler, unter Schutz nach dem Schloß Belvedere überführt.

Anzeigenpreis: Der Spaltenpreis 1000 Mr. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 50 Mr. in Zahlung genommen. Abdruckgebühren 20 Mr. pro Zeile. Alle Posts freibleibend. Anzeigen (10 v. H.) vormittags 10 Uhr. Abrechnung wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

### Die zukünftige Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes.

Deutschlands Industrie unterscheidet sich in ihren Grundlagen ganz wesentlich von der fast aller anderen Länder. Während die meisten Länder der Welt in ihren eigenen Grenzen oder in ihren Kolonien bzw. Nachbarländern genügend Rohstoffe zur Verarbeitung und zur Aufarbeitung besitzen können, kann Deutschland durch Verarbeitung seiner eigenen Rohstoffe nur einen Bruchteil seiner Bevölkerung ernähren. Hierin liegt die schmale Seite des deutschen Wirtschaftslebens. In demselben Augenblick, in dem die Einzigartigkeit der Rohstoffe in Erwägung gerät, muß Arbeitslosigkeit sich bemerkbar machen. Vor einer solchen Zeit scheinen wir zu stehen.

Wie vor kurzem war die Welt nicht so entwertet, daß wir ihrer Hilfe nicht wenigstens die notwendigen Rohstoffe hätten einführen können. Jetzt ist es aber so, daß mit der Welt die erforderlichen Mengen nicht mehr zu beschaffen sind. Die frühere Möglichkeit, im Tauschverkehr neue Rohstoffe herzu beschaffen, existiert auch nicht mehr. Denn im Gegensatz zu früher, ist jetzt schon seit einiger Zeit die Entwertung aller Inlandswerte der äußeren Wertentwertung fast auf den Fuß, die die deutschen Warenpreise sehr schnell herabsetzt hat, treibt, daß sie an die Weltmarktpreise herantreten und deshalb nicht mehr exportfähig sind. Außerdem verfügen Industrie und Handel nicht mehr über die nötigen Mittel, weil sie durch die Verluste der letzten Wochen und Monate ganz außerordentliche Verluste insofern erlitten haben, als sie mit den von ihnen erstellten Preisen sich nicht mehr die früheren Waren- und Rohstoffmengen beschaffen können.

Die Waren, die trotz aller Schwierigkeiten noch hergestellt werden konnten, sind im Laufe der Zeit so teuer geworden, daß die Absatzmöglichkeiten früherer Umfanges für sie nicht mehr vorhanden ist. Die Lage ist zur Zeit die, daß weder die zur Beschäftigung aller deutschen Arbeiter benötigten ausländischen Rohstoffmengen eingeführt werden können, noch daß die Fertigzeugnisse im Ausland Absatz finden. Je weiter und je schneller die Welt sich entwertet, desto mehr schwindet die Möglichkeit der Beschaffung ausländischer Rohstoffe und desto phantastischer Formen nimmt die Preisentwertung im Inlande an, die ganz von selbst größere Neuanschaffungen verbietet.

Die ersten Anzeichen einer tiefen Arbeitsmarktkrise machen sich schon deutlich bemerkbar. Charakteristisch ist, daß gerade die Maschinenfabriken überflüssig in Auftragstellung liegen, morgens auf finanziellen Schwierigkeiten der Unternehmen zu scheitern ist, und daß selbst die Nahrungs- und Genussmittelfabriken, die Textilbetriebe usw. Absatzmangel aufzuweisen haben, ein Verbot dafür, daß auch in der Beschaffung lebensnotwendiger Gegenstände weite Schichten der Bevölkerung sich außerordentliche Reserven auferlegen müssen. Ebenso ist charakteristisch, daß einerseits in sehr vielen Betrieben der weltlichen Industrie bereits Entlassungen in Erwägung gezogen bzw. vorbereitet werden, während andererseits in steigendem Maße aus dem Offenen Arbeitskräfte zum Werten kommen. Diese Beobachtungen beweisen, daß in fast allen Branchen und in fast allen Gebieten Deutschlands gleichzeitig Arbeitsmarktfreien bevorzugen liegen. Wenn diese bisher in größerem Umfang noch nicht ausgebrochen sind, so beruht das einzig und allein darauf, daß direkte und indirekte Reparationsleistungen noch immer Hunderttausenden Arbeitsgelegenheit geben, die natürlich für uns in keiner Weise nutzbringend ist.

Die drohende Arbeitslosigkeit kann nur behoben werden, wenn ihre beiden hauptsächlichsten Ursachen die Entwertung der Welt und die rückgehende Kaufkraft der Bevölkerung beseitigt werden. Das ist nur möglich durch Stabilisierung der Welt unter Regelung der Reparationsfrage und durch Schaffung neuen Kaufkraftes und kann nur gelingen, wenn vermehrte Produktion und Verbilligung der Waren Möglichkeiten der Beschaffung ausländischer Waren im Tauschverkehr bieten und im Inlande neue Kaufgelegenheit bestehen.

Karutowicz wurde am 9. Dezember als Nachfolger Pilsudskis mit 289 Stimmen der Linken und Mittelparthen gegen 227 Stimmen der Rechten zum Staatspräsidenten der Republik Polen gewählt. Seine Wahl rief in den nationalen Kreisen Polens heftige Empörung hervor. General Saller rief die Bevölkerung Warschaws zum bewaffneten Kampf gegen Karutowicz auf und ließ auf das Recht der Bevölkerung zum Waffengebrauch und zur Selbsthilfe hin. Am Montag und Dienstag kam es zu blutigen StraßenDemonstrationen, um Karutowicz zur Abdankung zu zwingen. Wiederholt fanden Schießereien statt,







# Beilage zu Nr. 296 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 18. Dezember 1922

## Ernährungslage — Volksgesundheit Kinderpeisung.

In einem Aufsatz über die gegenwärtige Lage der Volksernährung in der „Alltäglichen Wochenchrift“ führt Prof. Dr. Judenat aus:

„Sobald wir nicht mehr in der Lage sind, die Gesamtheit unseres Volkes ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, hungert nicht nur ein Teil des Volkes sondern das ganze Volk wird dann, von ziffermäßig belanglosen Ausnahmen abgesehen, in einer Art Hungerzustand daraufliegen, daß Deutschland in seiner ferner Zukunft wesentlich vom Auslande abhängig ist, das ferner Hülfenfrüchte, Mehl, Gewürze fast durchweg als Einfuhrware zu bezeichnen sind. Die diesjährige Getreibeernte hat nur etwa 1/4 des vorjährigen Betrages gebracht, so daß der Bedarf weitest nicht gedeckt ist. Einfuhr vom Auslande aber bedeutet Einkauf zu Weltmarktpreisen und damit eine Erhöhung der Lebensmittelpreise, der das Einkommen der weitesten Schichten nicht mehr zu folgen vermag.“

Wie sehr diese verringerte Ernährungsmöglichkeit tatsächlich bereits auf die Volksgesundheit eingewirkt hat, geht u. a. aus den medizinisch-statistischen Mitteilungen der Stadt Offen im Ruhrgebiet hervor.

Die Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes findet ihren Ausdruck in der erhöhten Sterblichkeit. Bei gleichbleibender Bevölkerungszahl wurden in Offen im ersten Halbjahr 1922 3261 Todesfälle gegenüber 2636 im ersten Halbjahr 1921 festgestellt, wobei zu bemerken ist, daß auch im Vorjahr die Sterblichkeit erheblich höher war als in der Vorkriegszeit. Hieraus geht ohne weiteres hervor, daß die Widerstandskraft der Menschen gegenüber Krankheiten im Schwinden begriffen ist. Auch ist der bei weitem größte Teil der Bevölkerung garnicht mehr in der Lage, bei ersten Erkrankungen die Pflege in einem Krankenbause in Anspruch zu nehmen, da die Heilkosten so erheblich gestiegen sind (500 Mark gegenüber 3 Mark in Friedenszeiten), daß sie nicht mehr aufgebracht werden können.

Als besonders auffällig wird das erneute Aufblähen der Tuberkulose bezeichnet, das zunächst in Erscheinung tritt in dem erhöhten Anteil der Todesfälle infolge dieser Krankheit an der gesamten Sterblichkeit (Tuberkuloseinfällen). Diese Tuberkuloseinfälle sind während der Kriegszeit und insbesondere nach dem Winterfrühling stark gestiegen. Im Jahre 1919 wurden offenbar so viele vorgefunden tuberkulose Erkrankte hingegerafft, daß die Sterbeziffer in den folgenden Jahren etwas abnahm. In der Zeit von Januar bis Juli 1922 wurden jedoch wiederum 543 Sterbefälle infolge Tuberkulose gegenüber 433 im Vorjahre festgestellt. Besonders hervorzuheben wird die gegenüber der Friedenszeit vermehrte Tuberkulose-Sterblichkeit im Kleinkinderalter (1-4 Jahre) und im ersten Schulalter (5-9 Jahre). Abgesehen von der erhöhten Sterblichkeit geht die Zunahme der Erkrankungen an Tuberkulose auch aus den viel zahlreicher einkaufenden Anträgen auf Heilfürsorgeanträge und aus dem überprozentigen Anstieg zu den Tuberkulosefürsorgefällen hervor.

Der Bericht schließt mit dem zusammenfassenden Urteil, daß die jetzt herrschende Teuerung, die in ihrer weiteren Entwicklung noch garnicht abzusehen ist, den Gesundheitszustand der Bevölkerung so ungünstig beeinflusst, daß wie dem Zustand der letzten Krieges- und der ersten Nachkriegsjahre und vielleicht noch schlimmerem entgegenzehen, falls nicht ausreichende Ernährungsmöglichkeiten für Gekündete und Kranke geschaffen werden.

Das bei den Kindern besonders intensive Bedürfnis, sich mit hochwertiger Nahrung, die ihnen in ihrer Gänze nicht geboten wird, zu versehen, tritt — wie der Berichtsfasser hervorhebt — schon rein äußerlich dadurch zu Tage, daß im Gegensatz zum vergangenen Sommer der Andrang zu dem bisher für die Auslandsreise gebotenen Schulurlaub ein außerordentlich reger ist.

So winkt sich die ungeliebte wirtschaftliche Ernährungssituation in furchtbare Weise gerade für die ärmsten Kreise aus.

## Schlusssitzung im Reichstag.

Berlin, 16. Dezember. Zunächst auf der Tagesordnung stehende sozialdemokratische Interpellationen wegen des Schulaufsichtsgesetzes in Bayern und über das Urteil im Hardendorfer Prozess werden gemäß Mitteilung der Regierung innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist ihre Erledigung finden. Das Gesetz über die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung geht an den sozialpolitischen Ausschuss.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über Abänderung der Gerichtslokalen. Der Entwurf enthält neben der Erhöhung der Gebühren auch die Bestimmungen der Vorauszahlung.

Das Gesetz wird sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen. Zur dritten Lesung des Einkommensteuergesetzes haben die Sozialdemokraten auf den Antrag auf Ersetzung der 10prozentigen Steuer auf 1 Mill. und auf eine anderweitige Staffelung nach Abständen von 500 000 Mark wieder eingedrungen.

Abg. Seiffert (Soz.) gibt namens seiner Partei eine Erklärung ab, in der gegen die Beschaffung „des Steuerzuschusses“ protestiert wird. Die Partei überläßt den Regierungsparteien die Verantwortung.

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird sodann das Gesetz nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen mit der Stimme der Bürgerlichen gegen die gesamte Linke. Zur dritten Beratung des Zwangsanleihegesetzes erklärt Abg. Dr. Koch (Soz.), daß, wenn das Gesetz in der vorliegenden Form zur Fassung werde, es absolut unzulänglich sein würde. Das sei aber lediglich Schuld der bürgerlichen Parteien im Juli d. J. gewesen, welche die Spekulationen nicht verhindert hätten.

Abg. Seiffert (Deutsch.): Das Gesetz sei so ziemlich die schönste Arbeit der Regierung, die ihm je vorgekommen. Seine Partei arbeite daran, nur mit, um neue Verschleissungen durch die sozialdemokratische Linke zu verhindern. Wenn man aber mit dem sozialdemokratischen Ver-

geht den Kapitalmarkt weiter bedrohe, so gefährde man damit das Zustandekommen der Reparationslösung.

Die Abstimmungen über die Novelle zum Einkommensteuergesetz werden bis auf einen späteren Zeitpunkt ausgesetzt. Das Gesetz über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten wird gegen die Stimmen der Zentrumspartei und kommunistischen angenommen. Beim 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan fragt Abg. Seiffert (Soz.), ob die Reichsumme, die der Etat aufweise, tatsächlich alle Kosten decke oder ob die Goldanleihe von jährlich 1 800 000 000 Mark für die Besatzungstruppen noch dazu komme. Unser Reichspräsident und Marine hätten noch nicht den dritten Teil davon gefordert.

Staatsminister Jast: Die Besatzungstruppen sind nach einem Abkommen mit Wirkung vom 1. April 1922 mit dem jährlichen Höchstbetrag von 220 Millionen Goldmark normiert worden. Bezugszahlen liegen dem Reich für 1922 nicht ob. Allerdings ist durch Entscheidung der Reparationskommission noch die Leistung von Markvorschüssen gefordert worden. Die Verhandlungen darüber schweben noch.

Die einzelnen Gats werden nimmehr gemäß dem Beschlusse in zweiter Lesung angenommen.

Stenograph wird die von den Sozialdemokraten beantragte namentliche Abstimmung über den Paragraf 27 der Novelle zum Zwangsanleihegesetz vorgenommen, den die Sozialdemokraten in der Fassung beizubehalten beantragen, daß eine Goldklausel eingeführt wird. Am 1. April 1922 soll festgesetzt werden, welche Beträge an indirekten Steuern aus der Mehrerhebung infolge des Steuerfortschrittes vom 28. Januar 1922 eingegangen sind. Der sozialdemokratische Antrag wird mit 183 gegen 155 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Zwei Stimmen waren ungenügend. In der Gesamtabstimmung wird das Zwangsanleihegesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Das Haus erledigt sodann eine Reihe mündlicher Aussprachen und kleinerer Vorlagen, darunter das Gleichschwanzengesetz, welches Vorschriften über die Auszahlung von Ansprüchen an das Reich enthält. Ein Antrag Hammer (Deutsch.), der den Ankauf von Almetallen konzeptionspflichtig machen will, wird in der Fassung angenommen, daß kein Ankauf von Almetallen gestattet wird.

Nachdem auch der Rest der Tagesordnung beendigt ist, bittet Präsident Goebbels um die Ermächtigung, die nächste Sitzung zwischen dem 10. und 17. Januar einzuberufen und die Tagesordnung festsetzen zu dürfen. Entschieden das Haus mit den besten Wünschen für die Festsitzung.

## Politische Rundschau

### Poincarés Vertrauensvotum.

Poincaré hat in der Kammer die erwartete große Rede gehalten und ein überaus wichtiges Vertrauensvotum davongetragen. Die Regierungskrisis scheint für den Augenblick überwunden zu sein. Es bleibt indessen abzuwarten,

ob sich dieses Vertrauensvotum nicht im Laufe der Woche als eine gegen England und die Vereinigten Staaten gerichtete Demonstration darstellen wird und daß, wie wir es so oft erlebt haben, über Nacht der *Centre Point* eine vollendete Tatsache ist. Wenn er gestützt wird, das scheint tatsächlich der Inhalt des Vertrauensvotums zu sein, dann dürfte es nur geschehen, um einen „stärkeren“ Mann an seine Stelle zu setzen. Es ist nicht zu übersehen, daß Poincaré nur Junfer in der Form, aber ebenso hart in der Sache geübt hat. Er meinte in seiner Rede: „Es handelt sich nicht um ein militärisches Vorgehen und auch nicht um Sanktionen mit Strafcharakter, Frankreich will nur Bezahlung erlangen, soweit das möglich ist. Er sprach ferner von dem sein Verhalten aus, wenn Frankreich die zur Sicherung dieses Erfolges notwendigen Schutzmaßnahmen allein treffen müßte. Es ist die alte Melodie. Der deutsche Reichstag befindet sich nach Auffassung der Franzosen im Ruhegebiet. Wenn man ihn also nehmen will, wo man ihn findet, dann will man das Ruhegebiet in irgend einer Form, die annehmbar noch nicht feststeht, unter französische Herrschaft bringen. Und da die französische Regierung wiederholt und auch neuerdings leister erklärt hat, daß die Strafen zur Räumung des Rheinlandes noch nicht begonnen hätten zu laufen, so ist's trotz allem ein Anreizprogramm, welches Poincaré wiederum in der Kammer vertreten hat. Und für dieses Anreizprogramm hat er eine überaus wichtige Mehrheit erhalten. Indessen sieht sich Poincaré dennoch einer veränderlichen Weltlage gegenüber. Bonar Law hat betont, daß ein solches Vorgehen Frankreichs England nicht gleichgültig lassen werde. Das bedeutet in der zurückfallenden Sprache der englischen Politik eine Zurückweisung, wie sie scharfer kaum gedacht werden kann: nämlich den Bruch der Entente und die offene Unterjochung Deutschlands in einem solchen Falle. Auch die aus Amerika kommend werdenden Stimmen sind für das Triumvirat Poincaré, Clemenceau, Tardieu, nicht gerade tröstlich. Aber trotzdem wäre es ein Fehler, den französischen Einkaufswillen in seiner Gefahr zu unterschätzen. Sofern aber die deutsche Regierung den Mut und die unbedingte Entschlossenheit aufbringt (und wir hegen das Vertrauen, daß sie dieses tut wird), keinen Ziel deutlichen Nachhinsicht zu erweisen, werden wir auch diese Gefahr mit Aussicht auf Erfolg überdauern können.

## Turnen, Spiel und Sport

### Der Fußballsport des Sonntags.

Ein Sieg, ein Unentschieden, eine Niederlage — das waren die Früchte, die unsere Merseburger Mannschaften gestern in den Verbandsspielen ernten konnten. Die Platzverhältnisse waren teilweise nicht gerade die besten, der Besuch auch nirgends bei dem außerordentlichen Wetter überlegend. Unsere Berichterstatter schreiben:

#### B. f. V. schlägt Favorit mit 4:0 (1:0).

(Von unserem nach Halle entsandten Berichterstatter.) Die Rechnung zwischen B. f. V. und Favorit ist begeben. Das Konto, das auf Seiten der Hallenser vier, wenn auch knappe Siege in letzter Zeit anhielt, wurde durch den geigenen 4:0-Sieg in Halle gelöst. Vor der Pause war der Kampf durchaus offen, erst kurz vor Abpfiff schaffte Roth, der diesmal der beste im Sturm war, durch schönen Alleingang die Führung. Nach dem Seitenwechsel erwachte B. f. V. aus seiner Betärgnis, Platon der bisher nur müßige Leistungen zeigte, ging aus sich

beicus und drückte sogar aufs Tempo. Eine gute Planke schloß's verwandelte Thom II, mit dem Kopf, wenig später erzielte er durch wunderbaren Schußfuß Nummer drei. Der Kampf wurde dann leider recht hart, was Maßig von B. f. V. und Blüher von Favorit mit Herausstellen läßen mußten. Trotz allem blieb B. f. V. im Angriff und konnte durch einen von Platon direkt verwandelten Straßloß den 4. Treffer buchen. Favorits Angriffe zerschlugen an der Hintermannschaft, in der Portenrolle sehr gutes leistete, und blieben — vielleicht nicht ganz verdient ob ihres Eifers — erfolglos. Auf dem Kampfbild war es wieder recht laut, woran allerdings der in seinen Entscheidungen wenig befriedigende Unparteiische Gehältnis 5:2 f. B. f. V.

#### Preußen — Halle 1910 2:2 (2:0).

##### (Eigene Berichterstattung).

Zeit längerer Zeit präsentierten sich unsere Preußenwelt wieder einmal dem heimischen Publikum auf eigenem Platz. Leider war dieser in recht schlechter Verfassung und wurde auch während des Spiels durch den niedergehenden Regen in nicht gerade idealisierfähigen Zustand versetzt. Die Leistungen beider Gegner — durch die Bodenverhältnisse natürlich erheblich beeinträchtigt — hielten sich ungefähr die Waage, wenn auch eine geringe Überlegenheit der hiesigen nicht zu verkennen war. Vor der Pause gab Demann seinem Verein durch zwei schöne Schüsse die Führung, die aber nach dem Seitenwechsel von Halle wieder ausgeglichen wurde. Die weit aufgerückte Preußenabwehr wurde überlaufen, so daß der neue Torwart Strödenbach (fr. Kanon) dem Angriff maßlos gegenüberstand. Zu allem Unglück verstoß Demann auch noch einen Elfmeter. — Schiedsrichter Henning (B. f. V. M.) amtierte sicher.

#### Germania — Sportbrüder Halle 1:1 (1:1).

##### (Eigene Berichterstattung).

Unsere Voraussage hatte den Hallensern Dank ihrer größeren Spielerfahrung ein Plus gegeben: den Spielverlauf und das Ergebnis bestätigten diese unsere Meinung. Anfangs ließ sich Germania recht gut an. Fast die ganze erste Halbzeit konnte man von einem offenen, ja zum Teil sogar für Germania leicht überlegenen Spiel reden. Sportbrüders gute Hintermannschaft führte manche Situation, die der durch den neuen Mittelstürmer (fr. Köhler) verhärtete Germaniaabwehr geschaffen hatte. In der 55. Minute bringt Köhler 1:1 für den Fortschritt in Führung, indem er eine Planke von links einbrückt. Wenige Minuten später steht Sportbrüder durch halbrechts gleich. Nach dem Seitenwechsel wird Halle in gleichem Maß besser wie Germania nachläßt. Der Rest der Spielzeit steht im Zeichen der Heberlegenheit Sportbrüders. Drei hervorragenden Leistungen ihres Halbstürkers verbanden die Hälfte des spielmäßig glatte 4:1-Ergebnis. Schiedsrichter Böhe (B. f. V. M.) einmündig. — Germania II — Sportbrüder II 1:3.

#### Die Saalekreisliga.

Einen guten Schritt vorwärts tat gestern unsere Saalekreisliga. In der Spitzengruppe fiel eine wichtige Entscheidung, indem Raumburg in Halle die bisher Favoritieren Borussia mit 2:1 schlug; die notwendige Folge war ein Brotzeit Vorwärtsspiel. Der Sportverein 98 schlug die Sportfreunde sieder mit 6:2 und Wacker den Tabellenletzten Preußen-Komet mit 5:0. B. f. V. (96) schlug Weihenfels mit 5:0 geschlagen beim, während B. f. V. Merseburg durch den 4:0-Sieg gegen Favorit in der Tabelle

weiter liegt. — Der Saalekreisvorstand bestätigte am Sonnabend das feinerzeit wegen Platzmangel nicht erfolgte Antrreten der 98er und sprach 98 die Punkte zu; Wacker drang gegen Weihenfels (1:1) mit dem Einspruch durch, das Spiel wird wiederholt. Die beiden anderen Profis (Raumburg — Sportfreunde 3:3 und Favorit — Merseburg 2:1) wurden vertagt. Unter Berücksichtigung dieser Entscheidungen am geigen Tisch und dem schon von uns mitgeteilten Punktgewinn B. f. V. Merseburgs von Weihenfels (1:2) hat die Tabelle folgendes Aussehen.

Liga-Klasse	Spielt	Siege	Unentschieden	Niederlagen	Punkte	Tore	Pkte.
Sportverein 98-Halle	11	8	3	—	39:8	19	3
Raumburg 05	10	7	2	1	25:11	16	4
Borussia-Halle	9	6	1	2	24:7	13	5
Wacker-Halle	9	5	2	2	33:10	12	6
98-Halle (98)	10	4	2	4	19:14	9	11
98-Merseburg	10	4	1	5	16:10	9	11
Favorit-Halle	10	2	2	6	10:26	6	14
Sportfreunde-Halle	11	3	1	7	17:35	7	15
Sports-Weihenfels	10	2	1	7	10:34	5	15
Preußen-Komet-Halle	10	1	1	8	4:26	3	17

#### Stockball (Hockey)

##### 99 I verliert in Leipzig 1:9.

Mit einer unvollständigen und außerdem durch Ersatz geschwächten Mannschaft trat 99 gestern in Leipzig Maratons I gegnerüber und verlor unverbittet hoch mit 1:9 (0:3). Der Torwächter hatte — wohl durch den schlüpfrigen Boden — einen schlechten Tag, auch Erstickung in der Verteidigung war infolge einer Sturzverletzung nur stattd. so daß 99 gegen die schnelle Maratonsmannschaft einen schweren Stand hatte. Die Ersatzleute waren gleichwohl recht eifrig und paßten sich dem Rahmen des Ganzen gut ein. Das Gegenort fiel beim Stande von 0:8 durch Großta. Das Spiel der II. Mannschaft und der Damen fiel aus.



#### Ankauf

von Brillanten, Perlen, Edelsteinen, Familienschmuck, Gold- und Silberwaren.

Fachmännischer Rat.

Juwelier Ernst Treusch, Leipzig, Petersstraße 7

Messias National